



Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

20. Sitzung (öffentlich)

5. Dezember 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 18:20 Uhr

Vorsitz: Dr. Patricia Peill (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	7
1	Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest in NRW!	8
	– Anhörung von Sachverständigen (s. <i>Anlage</i>)	
	Der Ausschuss diskutiert mit den geladenen Sachverständigen über verschiedene Fragestellungen.	
2	PCB in Futtermitteln	25
	Bericht der Landesregierung Vorlage 17/1395	
	– Bericht der Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV), Aussprache.	

3 Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über das Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für Tierschutzvereine Nordrhein-Westfalen – Rückkehr zur deutschen Verwaltungsgerichtsbarkeit 29

Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/2394

in Verbindung mit

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für Tierschutzvereine Nordrhein-Westfalen (TierschutzVMG NRW)

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/4107 – 2. Neudruck

Der **Ausschuss lehnt** den **Gesetzentwurf** der Fraktion der AfD **Drucksache 17/2394** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der AfD-Fraktion **ab**.

Der **Ausschuss lehnt** den **Gesetzentwurf** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 17/4107 (2. Neudruck)** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **ab**.

4 Gewässerschutz voranbringen – Mikroplastik reduzieren! 43

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/2389

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/4345

Ausschussprotokoll 17/354

Der **Ausschuss lehnt** den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 17/4345** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der SPD-Fraktion **ab**.

Der **Ausschuss lehnt** den **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 17/2389** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der SPD-Fraktion **ab**.

5 Vermüllung der öffentlichen Räume stoppen – Landesregierung muss Vermeidungskonzept entwickeln **46**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/3014

Der **Ausschuss lehnt** den **Antrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 17/3014** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion **ab**.

6 Hitzebelastung senken sichert Lebensqualität in NRW **49**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/3015

André Stinka (SPD) beantragt eine Anhörung.

7 Gesetz zur Änderung des Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverbandsgesetzes **50**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3778 – Neudruck

Der **Ausschuss stimmt** dem **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 17/3778 (Neudruck)** einstimmig **zu**.

8 Mehr Biss für den zahnlosen Tiger: Bundesnetzagentur braucht Sanktionsmöglichkeiten 52

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/2559

Ausschussprotokoll 17/380

Der **Ausschuss lehnt** den **Antrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 17/2559** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **ab**.

9 Wärmepotenziale nutzen – Einsatz der Geothermie erleichtern 55

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/2562

Der **Ausschuss beschließt**, den **Antrag ohne Votum** an den Wirtschaftsausschuss zurückzugeben.

10 Entwurf einer Zweiten Verordnung zur Änderung der Hegeplanverordnung 56

Vorlage 17/1293

Der **Ausschuss** wurde **angehört**.

11 Entgeltordnung 2019 57

Vorlage 17/1380

Der **Ausschuss stellt** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der AfD-Fraktion **das Einvernehmen her**.

Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz
20. Sitzung (öffentlich)

05.12.2018
sd-ro

12 Verbleib und Entsorgung von Alttextilien in NRW 59

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1467

Der **Ausschuss nimmt** den Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1467 zur Kenntnis.

**13 NRW-Maßnahmen im Bereich Sonderrahmenplan „Förderung der
ländlichen Entwicklung“ 60**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1469

Die **Beratung** über Vorlage 17/1469 **wird verschoben.**

14 Weihnachtsbaumkulturen in Wäldern in NRW 61

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1468

Der **Ausschuss nimmt den Bericht** der Landesregierung
Vorlage 17/1468 zur Kenntnis.

* * *

7 Gesetz zur Änderung des Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverbandsgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3778 – Neudruck

Vorsitzende Dr. Patricia Peill merkt an, dieser Gesetzentwurf sei vom Plenum in seiner Sitzung am 10. Oktober an den Umweltausschuss federführend sowie an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen zur Mitberatung überwiesen worden. Der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen habe in seiner Sitzung am 9. November 2018 diesen Gesetzentwurf einstimmig angenommen. Sie beabsichtige, den Gesetzentwurf heute abschließend zu beraten.

Bianca Winkelmann (CDU) hält fest, die Aufgaben des AAV würden immer vielseitiger. Den Verband wolle man auf jeden Fall unterstützen. In diesem Haushaltsjahr seien 1,5 Millionen Euro mehr zur Verfügung gestellt worden. Um dem AAV diese zusätzlichen Haushaltsmittel auch auszahlen zu können, müsse ein Punkt im AAV-Gesetz geändert werden, in dem eine haushaltsrechtliche Öffnungsklausel eingefügt werde. Sie bitte den Ausschuss um Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf.

Norwich Rübe (GRÜNE) erklärt, das finde seine Fraktion grundsätzlich richtig. Man werde dem Gesetzentwurf zustimmen. Aufgrund der Bedeutung des Verbandes hätte er sich gewünscht, dass man noch einmal deutlich mehr Mittel zur Verfügung gestellt hätte. Wenn man die Aufgaben kenne, die da zu schultern seien – die Haushaltslage gebe es im Moment auch her –, dann wäre es schön, wenn es zumindest in den folgenden Jahren zu einer entsprechenden Erhöhung käme.

André Stinka (SPD) macht darauf aufmerksam, dass seine Fraktion auch bei der Vorgängerin von Frau Heinen-Esser immer wieder deutlich gemacht habe, dass man den AAV und die Aufgaben für wichtig und richtig halte, gerade in Bezug auf Flächenrecycling und den sparsamen Umgang mit Flächen. Das einige alle. Es sei für ihn verwunderlich, dass man sich relativ lange Zeit gelassen habe, um die notwendigen Mittel bereitzustellen. Im letzten Jahr habe man erkannt, dass Mittel nun doch nicht so stark gebraucht würden.

Es sei auch immer eine Aufgabe der Industrie, die sich hier beteiligen solle. Er frage, was dagegen spreche, was die Industrie für Argumente habe, sich hier stärker zu engagieren. Man rede immer von staatlichen Mitteln als auch von Mitteln, die aus der Privatwirtschaft kämen. Es sei traurig, dass die IHKs, die das Lied der Fläche berechtigterweise immer sängen und auf die Flächenproblematik hinwiesen, kein Mitglied seien, aber die Flächenproblematik immer schön in die Öffentlichkeit trügen. Das finde er schade. Er wüsste gerne, was mit der Industrie sei, warum sie sich nicht beteilige, und warum die IHKs nicht Mitglied in dem Verband seien.

Andreas Keith (AfD) führt aus, die Flächenaktivierung von vorbelasteten Brachflächen in einem Land, in dem es nur eine begrenzte Anzahl von Flächen gebe, sei in dem Fall richtig. Der AAV leiste hier eine wichtige Aufgabe. Daher könne seine Fraktion diesem Gesetzentwurf, den sie für sinnvoll halte, auch zustimmen.

Markus Diekhoff (FDP) freut sich über die allgemeine Zustimmung zu dem Gesetzentwurf. Die Fraktionen hätten erkannt, dass mehr Geld reingegeben werden müsse. Einigkeit bestehe, dass in Zukunft noch mehr Geld reingegeben werden müsse, was auch möglich sei. Diese Möglichkeit eröffne man jetzt. Es sei eine positive Entscheidung für die Altlastenentsorgung Nordrhein-Westfalen.

Leitender Ministerialrat Thomas Buch (Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz) kommt auf die Frage nach dem Beitrag der Industrie zu sprechen. Das AAV-Modell als Kooperationsmodell sei seit dem Jahre 2000 auf freiwilliger Basis. Es sei später weiterentwickelt worden mit den entsprechenden Beiträgen aus dem Wassernahmeentgelt seitens des Landes und mit dem Pflichtbeitrag von kommunaler Seite in Höhe von 1 Million Euro.

Ein freiwilliges Modell bedeute, dass es letztendlich nur möglich sei, dafür zu werben. Das tue insbesondere der AAV sehr nachdrücklich. Es würden viele Gespräche auch in Abstimmung mit dem Ministerium geführt. Man werbe bei der Wirtschaft. Es gebe einen Beitrag jährlich in Höhe von annähernd 500.000 Euro. Das sei sicherlich steigerungsfähig. Das wünsche man sich sehr. Man könne nur appellieren und dafür werben, man könne aber niemanden zwingen beizutreten. Man versuche zu kommunizieren, wie wertvoll und wichtig dieses Modell sei, gerade mit Blick auf das Flächenrecycling. Das sei in den Unternehmensetagen zum Teil angenommen. Er hebe hervor, dass von der Chemischen Industrie nach wie vor ein großer Beitrag geleistet werde und dass man versuche, weitere Mitglieder zu bekommen. Das sei ein hartes Brot. Jedes Jahr werde über die entsprechende Beitragsentwicklung in einem Bericht informiert, letzter Stand sei März dieses Jahres gewesen. Man sei weiter dran, auch in Abstimmung mit dem Geschäftsführer des AAV. Erzwingen lasse sich das leider nicht.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/3778 (Neudruck) einstimmig zu.